

46. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Thurgau



Nächste Mitgliederversammlungen: 27. Juni (Aadorf), 11. September (Kesswil)

17 starke Persönlichkeiten für einen Thurgau der Chancen

Unsere neuen und wiedergewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Daniel Eugster, René Walther, Gabriel Macedo, Dean Kradolfer

Anders Stokholm, Martina Pfiffner Müller, Andreas Wenger, Fabrizio Hugentobler, Claudio Bernold

Thomas Niederberger, Thomas Leu, Attila Wohlrab

Cornelia Hasler-Roost, Manuela Fritschi, Andreas Opprecht, Michèle Strähl, Martin Brenner



Inhalt

0 0	TI	
יט גי	Lhurgauar	Froicinn
3–9	Thurgauer	LIGISIIII

10-12 Gesundheitsinitiativen

13 Kommunalwahlen im Tessin

14/15 FDP Frauen

16/17 FDP Basis

18/19 FDP Urban

20 KMU-Sicht

21 Solothurner Initiative 1:85

22 NZZ-Interview Thierry Burkart

23 Kolumne Johanna Gapany



Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämienentlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämienentlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Anderseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2× Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Walter Schönholzer freut sich zusammen mit seiner Frau Anna über die glanzvolle Wiederwahl.



Die FDP – nicht links oder rechts, sondern vorne. Verantwortung übernehmen, für tragfähige Lösungen hinstehen, im Wissen, dass es für komplexe Fragen keine einfachen Antworten gibt. Bei den Regierungsrats- und Bezirkswahlen schnitten die FDP-Persönlichkeiten sehr gut ab.

Walter Schönholzer wurde glanzvoll als Regierungsrat bestätigt und startet mit dem zweitbesten Resultat aller Wieder- und Neugewählten mit grossem Engagement in seine dritte Amtsperiode als Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Thurgau. Sofern vom Grossen Rat ebenso überzeugend wie von den Thurgauer Stimmberechtigten gewählt, steht Walter Schönholzer dem Regierungsgremium ab dem 1. Juni zum zweiten Mal als Regierungspräsident vor.

14 FDP-Persönlichkeiten traten zu den Bezirkswahlen an. Allesamt wurden sie mit sehr guten Resultaten gewählt. Als Präsidentinnen der Bezirksgerichte Münchwilen und Weinfelden: Nina Schüler und Claudia Spring; als Präsident des Bezirksgerichts Frauenfeld: René Hunziker.

Als Berufsrichterin und Berufsrichter: Jürg Roth (Bezirk Kreuzlingen), Silke Sutter Heer (Bezirk Arbon), Pascal Styger (Bezirk Arbon); als nebenamtliche Mitglieder der Bezirksgerichte: Andreas Näf (Bezirk Arbon), Bernhard Rieder (Bezirk Frauenfeld); Andreas Breitenmoser (Bezirk Münchwilen), Hermann Grünig (Bezirk Weinfelden). Als Ersatzmitglieder der Bezirksgerichte: Carinne Ruchet (Bezirk Frauenfeld), Enzo Schrembs (Bezirk Kreuzlingen), Harry Stehrenberger (Bezirk Münchwilen) und Beat Bollinger (Bezirk Weinfelden).



Editorial



Geschätzte Freisinnige

Unser Regierungsrat Walter Schönholzer ist am 7. April glanzvoll von den Thurgauer Stimmberechtigten als Regierungsrat bestätigt worden. Die FDP.Die Liberalen Thurgau gratuliert ihm herzlich zum hervorragenden Resultat der überzeugenden Wiederwahl und danken Ihnen, liebe Freisinnige, für Ihre wertvolle Unterstützung.

Bei den Kantonsratswahlen waren wir uns der schwierigen Ausgangslage bewusst. Die Tatsache, dass gleich neun FDP-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte punktgenau auf das Legislaturende zurücktreten und nicht aus strategischen Gründen mitten in der Amtsperiode den Sessel geräumt hatten, beweist, wie ernst die FDP die demokratischen Entscheide nimmt. Unsere ehrliche Politik hat sich bei den jüngsten Kantonsratswahlen als hohe Hürde erwiesen.

Wir bedauern den Sitzverlust im Bezirk Kreuzlingen sehr. Die echte und original liberale Stimme im Parlament wird damit geschwächt. Das Ergebnis bestätigt den Trend: Populistische Utopien haben Hochkonjunktur. Die FDP hingegen packt an, statt hübsch zu verpacken. Erfolg und Wohlstand der Schweiz basieren auf freisinniger Arbeit und Lösungen. Unserem Land geht es zu gut. Wenn es einem (zu) gut geht, wird gerne verteilt und abgeschottet, anstatt weiterhin den erfolgreichen Weg zu gehen: mit mehr Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt und Offenheit. Nun gilt es, die Wahlergebnisse sorgfältig zu analysieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Das Ziel ist klar: Wir wollen und müssen bei den Wahlen 2028 wieder zulegen. Schon jetzt herzlichen Dank, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Thurgau • Wahlen

Gemeinsam das Beste gemacht

Rückblick auf die Kantonsratswahlen



Die Kantonsratswahlen erwiesen sich für die FDP nicht unerwartet als grosse Herausforderung. Trotz eines Sitzverlustes und der Tatsache, dass damit die echte und originale liberale Stimme im Parlament geschwächt wird, haben die Kandidierenden der Liste 6 – wie es sich für diese Listenzahl gehört – auch Bestnoten erreicht.

Trotz der sehr schwierigen Ausgangslage mit neun nicht mehr antretenden Kantonsrätinnen und Kantonsräten konnte die FDP Thurgau mit einer Ausnahme alle Sitze im Kantonsrat und in den wichtigen grossrätlichen Kommissionen halten. Die Bisherigen wurden allesamt mit sehr guten Resultaten bestätigt. Hervorragend war die Bilanz insbesondere im Bezirk Arbon, wo Daniel Eugster das beste Resultat der insgesamt 195 Kandidierenden erreichte. Auch Gabriel Macedo (Platz 2), René Walther (Platz 6), Dean Kradolfer (Platz 11) und Philipp Gemperle – im Bezirk bester Nichtgewählter – (Platz 16 aller Kandidierenden) erzielten Spitzenresultate. Im Bezirk Münchwilen schaffte es Cornelia Hasler-Roost ebenfalls in die Top Ten der insgesamt 172 Kandidierenden.

Viele Panaschierstimmen

Hervorragend schnitten die bisherigen FDP-Kantonsratsmitglieder zudem in der Panaschierstatistik

ab. Daniel Eugster liess im Bezirk Arbon auch punkto Panaschierstimmen alle anderen Antretenden hinter sich. Michèle Strähl erhielt im Bezirk Weinfelden von insgesamt 229 Kandidierenden am zweitmeisten Panaschierstimmen. Cornelia Hasler-Roost (Bezirk Münchwilen). Anders Stokholm (Bezirk Frauenfeld) und Gabriel Macedo (Bezirk Arbon) platzierten sich in der Panaschier-Rangliste in ihren Bezirken auf den Plätzen drei. Zwei FDP-Kantonsratskandidierende verpassten die Wahl in den Kantonsrat denkbar knapp. Markus Bürgi aus Stettfurt und Urs Forster aus Müllheim fehlten eine einzige Stimme respektive sechs Stimmen. Der Bezirk Münchwilen legte an Stimmenprozenten zu, bleibt aber weiterhin mit zwei Sitzen im Kantonsrat vertreten. Trotz Bestresultaten muss die FDP Thurgau alles daran setzen, um das historische Tief (12,7 Wählerprozente / 17 Sitze) zu überwinden und bei den nächsten Wahlen wieder zuzulegen. Denn das liberale Original braucht es nicht

nur in den Exekutiven, sondern auch im Grossen Rat des Kantons Thurgau dringender denn je. (*mtb*)

Jede Stimme zählt 112 FDP-Persönlichkeiten mit Vollgas

Für einige der 112 Kantonsratskandidierenden hat es knapp nicht für die Wahl in den Kantonsrat gereicht, anderen fehlte etwas mehr. Für die FDP Thurgau aber war jede einzelne Stimme, die für die Liste 6 gesammelt wurde, wichtig. Herzlichen Dank an alle unsere Kandidierenden, die keinen Aufwand gescheut haben und in den letzten Monaten intensiv im Austausch mit der Bevölkerung waren. Ein herzliches Dankeschön insbesondere auch unseren Bezirkspräsidien und Wahlkampfverantwortlichen: Philipp Gemperle (Arbon), Stefan Hanselmann (Frauenfeld), Ivo Schmid und Harry Stehrenberger (Münchwilen), Alexander Salzmann und Barbara Jäggi (Kreuzlingen), Martin Brenner und Andreas Opprecht (Weinfelden).

Wie engagiert die Kandidierenden im Wahlkampf unterwegs waren, zeigt die Collage.

Neu- und Wiedergewählte (Bild siehe Titelseite)

Bezirk Arbon: Daniel Eugster (seit 2014 im Kantonsrat), Haustechnikunternehmer, Freidorf, Jahrgang 1973; René Walther (seit 2016 im Kantonsrat), Stadtpräsident, Arbon, Jahrgang 1969; Gabriel Macedo (seit 2020 im Kantonsrat), Stadtpräsident, Amriswil, Jahrgang 1989; Dean Kradolfer (neu), Dr. iur. Rechtsanwalt, Amriswil, Jahrgang 1975.

Bezirk Frauenfeld: Anders Stokholm (im Kantonsrat von 2004–2008 und seit 2016), Stadtpräsident, Frauenfeld, Jahrgang 1966; Martina Pfiffner Müller (im Kantonsrat seit 2020), Unternehmensberaterin, Gachnang, Jahrgang 1974, Andreas Wenger (im Kantonsrat 2019–2020 und seit 2022), Technischer Leiter, Diessenhofen, Jahrgang 1967; Fabrizio Hugentobler (neu), PR-Fachmann/Stadtrat, Frauenfeld, Jahrgang 1970; Claudio Bernold (neu), Schulleiter, Frauenfeld, Jahrgang 1970.

Bezirk Kreuzlingen: Thomas Niederberger (neu), Stadtpräsident, Kreuzlingen, Jahrgang 1970; Thomas Leu (neu), Rechtsanwalt, Mannenbach-Salenstein, Jahrgang 1977; Attila Wohlrab (neu), Geschäftsführer/eidg. Immobilientreuhänder, Kreuzlingen, Jahrgang 1968.

Bezirk Münchwilen: Cornelia Hasler-Roost (im Kantonsrat seit 2016), Unternehmerin/Kommunikationsfachfrau, Aadorf, Jahrgang 1968; Manuela Fritschi (neu), Gemeindeschreiberin, Eschlikon, Jahrgang 1977.

Bezirk Weinfelden: Andreas Opprecht (seit 2016 im Kantonsrat), Gemeindepräsident, Sulgen, Jahrgang 1974; Michèle Strähl (im Kantonsrat seit 2021), Rechtsanwältin, Weinfelden, Jahrgang 1980; Martin Brenner (neu), Unternehmer/ Stadtrat, Weinfelden, Jahrgang 1973.









Fleischmann Immobilien AG

«Neues Zuhause gesucht? Wir gestalten den reibungslosen Verkauf Ihrer Immobilie – professionell und erfolgreich.»

Matthias Fleischmann, Francine Gaggioli, Peter Koch, Concetta Bollinger, Andreas Uhlmann und Nicole Morgenstern - die Liegenschaftsexperten in Ihrer Region.

Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch

Nr. 2 | 24. Mai 2024 5

Thurgau • Fraktion

Für einen freiheitlichen Thurgau der Chancen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Eine strategische Fitnesskur für den Kanton Thurgau lanciert, die Geschäftsordnung des Grossen Rates modernisiert, nicht umsetzbare Strafbestimmungen und sinnlose Bürokratie im Waldgesetz verhindert: Die FDP-Fraktion war in den letzten Monaten sehr aktiv.

Das Profil des Thurgaus als vielseitig aktiver, wirtschaftsfreundlicher Standort schärfen: Auf Antrag der FDP-Fraktion entstand das Leitbild «Wirtschaftsstandort Thurgau» mit Ankerpunkten für mittel- und langfristige Perspektiven. Die «strategische Fitnesskur für unseren Kanton» basiert auf vier zentralen Stossrichtungen: Sicherstellung personeller Ressourcen, Bewältigung des technologischen Wandels, Schaffung von Freiräumen für unternehmerische Tätigkeit, eine zukunftsgerichtete Infrastruktur, eine starke Allianz von Unternehmen, Politik, öffentlicher Hand, Wirtschaftsverbänden, Forschungs- und Bildungsinstituten ist bereit, gemeinsam ihren Beitrag zu leisten, um unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.

Aufklären statt büssen

23 000 Bikerinnen und Biker sind im Kanton Thurgau regelmässig auf Waldwegen und Singletrails unterwegs. Das revidierte Waldgesetz sah vor, diese gesunde Freizeitbeschäftigung in heimischen Wäldern faktisch zu verunmöglichen. FDP-Kantonsratsmitglieder unter der Führung von Michèle Strähl haben in der Beratung des Waldgesetzes gegen die vorgesehenen harten Strafbestimmungen erfolgreich gekämpft und sich gegen die Marktverzerrung durch den Staatsforstbetrieb zur Wehr ge-

Schlank, wirksam und einfach

Brigitte Kaufmann und Gabriel Macedo haben sich in der vorberatenden Kommission mit Erfolg für eine moderne Geschäftsordnung des Grossen Rates eingesetzt. So werden in der neuen GOGR auf Mikromanagement für den Ratsbetrieb verzichtet, der digitale Wandel und die Krisenfestigkeit des Parlamentes mit knappen Bestimmungen gestärkt und eine faire Anpassung der Sitzungsgelder vorgenommen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Erneuerungen und versteht sie als Stärkung des wichtigen Milizsystems der obersten Behörde des Kantons Thurgau. (mtb)

Vorstösse der letzten Wochen

Interpellation von Cornelia Hasler-Roost «Wieviel Computer verträgt die Kindheit?»; Motion u.a. eingereicht von Beat Rüedi und Michèle Strähl «Angleichen des Beurkundungsrechts, um Fernbeurkundungen zu ermöglichen und die Effizienz von Unternehmen zu sichern»; Motion u. a. eingereicht von Anders Stokholm «Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus»; Motion u.a. eingereicht von Anders Stokholm und Gabriel Macedo «Standesinitiative Stärkung des Wahlrechts bei den Nationalratswahlen»; Interpellation u.a. von Cornelia Hasler-Roost «Umsetzung Veloweg-Gesetz im Thurgau»; Motion «Stellenplafonierung» u.a. eingereicht von Martina Pfiffner Müller; Einfache Anfrage von Bruno Lüscher «Umsetzung Budgetbeschluss».

«Sathure - Satirisches aus dem Grossen Rat» Wo ist Walther?

Sie kennen das Wimmelbild mit dem rot-weiss gestreift bekleideten Brillenträger. Wir haben auch einen Walther in der Fraktion. Und einen Walter, Kombiniert einen René und einen Walter und einen René Walther, Brillenträger sind sie auch. Ob sie sich rot-weiss gestreift bekleiden? Im Arbeitsalltag mindestens nicht. Trotzdem wird es nicht schwierig sein, sie in der Menge von Kantons- und Regierungsrat zu finden. Wenn wir in den nächsten Jahren nach diesen beiden suchen, so stehen sie an der Spitze. René und Walter heisst das künftige Führungsduo auf der Empore am Kopf des Ratssaales. René Walther wird Vize- und später Grossratspräsident, Walter Schönholzer Regierungsratspräsident. Wir wünschen René Walter viel Erfolg!

Anders Stokholm

Herzlichen Dank

Fast 120 Jahre standen unsere austretenden Fraktionsmitglieder gesamthaft für die FDP im Kantonsrat verantwortungsbewusst mit vollem Engagement im Einsatz. Lösungsorientiert, fair und immer den schönsten Kanton der Chancen als grosses Ganzes im Blickfeld. Parteiübergreifend hinterliessen sie ihre Spuren. So als Grossratspräsidentin, die den Ratsbetrieb modernisierte; als Mitglied im Büro des Grossen Rates mit einem Wissen, welches für jeden Ratsvorsitzenden grösstmögliche Sicherheit bedeutete; als Kantonsrat, der in mehr als 30 Jahren stets den direkten Weg statt den Umweg über Vorstösse suchte; als Parlamentsmitglieder mit den treffendsten Kurzvoten, dem grünsten Daumen und dem besten Kulturwissen mit liberalem Hintergrund, kämpfend für eine tiefe

Staatsquote und den Liberalismus, für Entbürokratisierung und gegen zusätzliche Gesetzesflut oder als Spezialist für sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien. Wir danken Viktor Gschwend (11 Jahre im Grossen Rat), Brigitte Kaufmann (9 Jahre im Grossen Rat, Grossratspräsidentin), Bruno Lüscher (20 Jahre im Grossen Rat, Parteipräsident, Grossratspräsident und Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Rates), Beat Pretali (14 Jahre im Grossen Rat), Beat Rüedi (8 Jahre im Grossen Rat), Jörg Schläpfer (5 Jahre im Grossen Rat), Kris Vietze (12 Jahre im Grossen Rat), Max Vögeli (32 Jahre im Grossen Rat, Parteipräsident, Grossratspräsident) und Cornelia Zecchinel (8 Jahre im Grossen Rat) für ihre ausgezeichnete politische Arbeit. (mtb)



Bruno Lüscher Brigitte Kaufmann



Viktor Gschwend







Beat Rüedi







Jörg Schläpfer

Kris Vietze Cornelia Zecchinel

Max Vögeli

Ja zum Stromgesetz – Nein zu den drei Initiativen

«Wirtschaft und Gesellschaft brauchen über das ganze Jahr eine sichere, erneuerbare und effiziente Stromversorgung», machte Thomas Leu an der Mitgliederversammlung der FDP Thurgau im Typorama Bischofszell deutlich. Der Ausbau von erneuerbaren Energien im Inland müsse rascher erfolgen können. Das Stromgesetz stärke den Landschafts- und Umweltschutz ausserhalb der Eignungsgebiete, so der neu gewählte Kantonsrat. Die Thurgauer Freisinnigen sprachen sich deutlich für den Mantelerlass zum Stromgesetz aus. «Die körperliche und geistige Unversehrtheit ist bereits als Grundrecht in der Bundesverfassung verankert», erklärte Sibylle Moopanar, Präsidentin der FDP.Die Liberalen Bischofszell bei der Vorstellung der aus Impfgegnerkreisen lancierten Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», zu welcher die FDP-Mitglieder die klare Nein-Parole beschlossen. Dr. Alex Steinacher, Präsident des Thurgauer Ärzteverbandes, ist überzeugt: «Die grossen Herausforderungen sind nicht mit zusätzlichen jährlichen Subventionen im Milliardenbereich oder einer untauglichen Kostenbremse zu lösen.» Die Thurgauer Freisinnigen erteilten den populistisch aufgezogenen Gesundheitsinitiativen eine deutliche Abfuhr. (mtb)



Von links: Parteipräsident Gabriel Macedo, Dr. Alex Steinacher, Thomas Leu, Viktor Heer (Gastgeber, Präsident Stiftung Typorama), Sibylle Moopanar.

LIBERNALE GEDANKEN

Bezaubernde Illusion

Erinnern Sie sich an David Copperfield? Er gilt noch heute als einer der besten Illusionisten der Welt.

Er schwebte über dem Grand Canyon, liess die Freiheitsstatue verschwinden, schlüpfte durch die Chinesische Mauer.

In der echten Welt sind Illusionen allerdings nicht unterhaltsam. Sondern irreführend.

Zum Beispiel die Illusion, dass wir glauben, wir könnten als Land bei allen Ausgaben aus dem Vollen schöpfen. Und gleichzeitig merken viele Menschen desillusioniert, dass ihnen immer weniger zum Leben bleibt. Wie geht das zusammen?

Die fiskalische Illusion in der Schweiz verschleiert die wahre Dimension der Besteuerung und der Staatsausgaben. Der Staat entzieht Gesellschaft und Wirtschaft enorme Mittel. Trotzdem hat er dauernd klamme Kassen und weder Geld für die



Armee – noch die 13. AHV. Dafür beschäftigt er bald ein Viertel aller Angestellten in der Schweiz.

Damit wir diese Ineffizienzen nicht bemerken, zaubert unsere offizielle Statistik. Sie rechnet unsere Staatsquote schön, indem sie obligatorische Abgaben und Versicherungen wie Krankenkasse und Pensionskasse einfach weglässt. Das ergibt dann attraktive Werte – allerdings mit einem Haken: Sie sind eine irreführende Illusion. In Wahrheit sind wir einfach OECD-Durchschnitt, das heisst, rund 42 Prozent des BIP gehen an Staat, Pensions- und Krankenkassen.

Wir können nicht zaubern: Jeden Franken, den der Staat ausgibt, haben Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer zuerst erarbeitet – und dann abgeben müssen. Es ist keine Illusion, dass jeder Franken, den der Staat den Menschen nimmt, den Menschen dann fehlt.

Die Alternative zum Status quo ist in unserer Demokratie keine Illusion, wir haben es in der Hand: ein schlanker Staat, der den Menschen so viel wie möglich vom hart erwirtschafteten Geld zur freien Verfügung lässt. Damit sie eigenständig entscheiden können, wie sie Werte schöpfen.

Kris Vietze

Nationalrätin

Thurgau • Gesundheit

Dr. Alex Steinacher.



Die Gesundheitskosten und damit die Krankenkassenprämien steigen in allen Ländern Europas, nicht nur in der Schweiz. Gründe sind das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung, die damit verbundenen Mehrfacherkrankungen und der medizinische Fortschritt. Dr. Alex Steinacher, Präsident der Thurgauer Ärztegesellschaft, ordnet ein.

Sind die tatsächlichen Kosten und die Krankenkassenprämien wirklich im Gleichschritt gestiegen?

Dr. Alex Steinacher. Seit ca. 2018 hat sich das Kostenwachstum in allen OECD-Ländern ausser den USA deutlich abgeschwächt – unabhängig von politischen Massnahmen. Bemerkenswert ist, die Krankenkassenprämien sind im Zeitraum von 1996 bis 2020 deutlich stärker angestiegen als die Kosten: die Kosten um 81 Prozent, die Prämien um 146 Prozent!

Woran scheitert die Diskussion über Lösungen? Vielleicht wollen wir uns dieses Gesundheitswesen leisten?

A. S. Das Gesundheitswesen und seine Finanzierung sind komplex. Die fehlende Gesamtsicht, divergierende politische Interessen und die Vermischung zwischen kantonalen und nationalen Zuständigkeiten haben zu einer «Pflästerlipolitik» und einer überbordenden Mikro- und Überregulierung geführt. Unterm Strich führte dies zu mehr Administrations- und Verwaltungsaufwand, doch nicht zu Einsparungen oder Effizienzgewinnen. Die Frage, welches Gesundheitswesen wir uns leisten wollen

und können, ist sehr spannend. Tatsache ist, das Schweizer Gesundheitswesen belegt in OECD-Umfragen bezüglich Qualität und Leistung immer Spitzenplätze, die Rate vermeidbarer Todesfälle bei behandelbaren Erkrankungen ist bei uns so tief wie sonst nirgendwo – zu konkurrenzfähigen Kosten. Die Gesundheitskosten in der Schweiz liegen im europäischen Mittel, sind günstiger als in Österreich, England und sogar in Frankreich und Deutschland, wo mittels eines Globalbudgets mit Kostendeckel versucht wurde – analog der jetzt zur Abstimmung stehenden Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei -, die Kosten zu begrenzen. Nota bene erfolglos. Im Einzelfall stelle ich fest, für sich selbst oder die Angehörigen soll meist alles getan werden. Solange wir nicht auf mehr Prävention – mit einem grossen Potenzial - setzen oder jeder Einzelne bereit ist, Abstriche in Leistung und Qualität hinzunehmen oder zu verzichten, wird sich wenig ändern.

Könnte die Digitalisierung in der Medizin Einsparpotenziale bringen?

A. S. Hier ist die Schweiz ein digitales Entwicklungsland. Effizienz- und Einsparungspotenziale

ergäben sich sicher. Dazu bräuchte es eine national einheitliche Strategie und Umsetzung incl. Anschubfinanzierung an den richtigen Stellen. Das liegt derzeit in weiter Ferne.

Was würde eine Reduzierung des umfassenden Leistungskatalogs der Grundversicherung bringen?

A. S. Das ist ein heikles Thema. Bisher war eine Zweiklassenmedizin nicht mehrheitsfähig. Man könnte sich aber eine «Budget»-Versicherung mit günstigeren Prämien und Mehrleistungen über Zusatzversicherungen vorstellen. Ursprünglich war die obligatorische Krankenversicherung eine Art Hochrisiko-Versicherung für Härtefälle. Doch mit der Zeit wurden immer mehr Leistungen hineingepackt. Heute ist sie zu einer All-inclusive-Vollkasko-Versicherung mutiert unter Erwartung von Discount-Prämien. Das geht nicht auf. Eine mögliche Lösung wäre eine Stärkung der Grundversorgung und flächendeckende Hausarztmodelle.

Ist der Beruf Hausarzt noch attraktiv? Braucht es Veränderungen?

A. S. Auf jeden Fall! Er würde durch eine konkurrenzfähigere Abgeltung und eine Eindämmung der Bürokratie attraktiver.

Welche Rolle kommt den Patienten in der andauernden Kostendiskussion zu?

A. S. Der Patient ist gleichzeitig Bürger und hat damit eine Doppelrolle. Als Bürger beklagt er sich über steigende Prämien, tut sich aber schwer mit präventiven Ansätzen und wünscht im Einzelfall die bestmögliche und umfassende Behandlung. Das widerspricht sich.

Was ist EFAS und was hat das mit den steigenden Prämien zu tun?

A. S. EFAS ist die Abkürzung für «Einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär». Heute werden die stationären Kosten für medizinische Behandlungen zu 55 Prozent durch die Kantone und zu 45 Prozent durch die Krankenversicherungen getragen. Die ambulanten Kosten hingegen werden zu 100% durch die Krankenversicherer und somit vollumfänglich über die Prämien finanziert. Die grundsätzlich sinnvolle Verschiebung der letzten Jahre hin zu ambulanten Behandlungen hat deshalb systembedingt zu einer überproportionalen Prämienbelastung geführt. Eine einheitliche Finanzierung beider Sektoren soll dieses Problem lösen.

Interview mtb

Aus einer anderen Perspektive

Im nächsten «Freisinn» nimmt Carlo Parolari, Verwaltungsratspräsident der Spital Thurgau AG, Stellung zur Situation im Gesundheitswesen.

Gemeinsam für einen vielfältigen Thurgau

Wir gratulieren und danken

Thurgauer Tourismuspreis 2023

Das Presswerk ist nicht nur ein kulturelles, sondern auch ein liberales Leuchtturmprojekt. Denn die Kulturhalle zeigt eindrücklich auf, was mit einer Vision, grosser Leidenschaft, liberalem Denken, Mut und Macherqualitäten innert kurzer Zeit möglich ist. Drahtzieher hinter dem Projekt sind unsere beiden Freisinnigen Daniel Eugster und Cyrill Stadler. Sie haben als Gründeraktionäre persönlich in das Presswerk investiert und dafür gesorgt, dass es Fahrt aufnehmen konnte. Als Co-Präsidenten veranstalten sie mit dem Kulturverein Konzerte.



Daniel Eugster



Cyrill Stadler

Neuer Bezirkspräsident

Giovanni Crupi ist im Bezirk Kreuzlingen zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der diplomierte Elektro-Ingenieur aus Fruthwilen gehört in dieser Funktion auch der erweiterten kantonalen Parteileitung (PLG) an. Ein grosses Dankeschön geht an Alexander Salzmann für sein riesiges Engagement in den letzten 12 Jahren.



Giovanni Crupi



Alexander Salzmann

Neuwahlen in den Ortsparteien

Nach neun Jahren übergibt Michèle Strähl das Präsidium der FDP Weinfelden an Joel Beck. Der neue Ortsparteipräsident arbeitet bei einer Schweizer Bank und studiert gleichzeitig Volkswirtschaftslehre. Barbara Jäggi, bisher als Vizepräsidentin und als engagierte Wahlkämpferin bei den Kantonsratswahlen mit grossem Engagement im Einsatz, übernimmt das Präsidium der Ortspartei Kreuzlingen. Die Betriebswirtschafterin HF stand der FDP Kreuzlingen schon früher einmal vor. Martin Bruhin aus Friltschen übernimmt neu das Präsidium der Ortspartei Berg-Bürglen.



Joel Beck



Barbara Jäggi



Martin Bruhin



Thomas Leu

Neue Fachgruppenleitung

Die Fachgruppe «Energie, Mobilität und Raum» wird nach der Wahl von Thomas Leu in den Kantonsrat und als Head der Supporter neu von Martin Bruhin aus Friltschen geführt. Martin Bruhin ist Abteilungsleiter einer Höheren Fachschule, gelernter Elektroinstallateur und Fachlehrer.

Zusätzlicher FDP-Sitz im Gemeinderat Sirnach

Die FDP ist im Gemeinderat Sirnach neu mit zwei Persönlichkeiten vertreten. Roger Piberauer wurde bei den Ersatzwahlen glanzvoll gewählt.



FDP Uttwil

Die Ortspartei Uttwil und Umgebung organisierte zum Abschied von Kantonsrätin Brigitte Kaufmann aus der aktiven Politik ein kleines Fest in der «Seeburg». Gewürdigt wurde die 40-jährige Tätigkeit von Brigitte Kaufmann in den verschiedensten Funktionen und Gremien.



Brigitte Kaufmann

FDP Weinfelden

In der Ortspartei Weinfelden blickte die abtretende Präsidentin Michèle Strähl an der gut besuchten Mitgliederversammlung zurück. Trotz der «grünen Welle», die auf nationaler, kantonaler wie auf kommunaler Ebene zu Sitz- und Wahlanteilverlusten der FDP führte, konnte die FDP Weinfelden ihre Bedeutung in der Stadt bewahren; insbesondere gelang es, zwei Sitze im Stadtrat zu halten. Die Anwesenden würdigten das grosse Engagement von Michèle Strähl und bedankten sich für die hervorragende Präsidialarbeit. Ein weiteres Vorstandsmitglied verabschiedete sich ebenfalls: Matthias Kradolfer verlässt als Konsequenz seiner Wahl an das Bundesgericht den Vorstand, dem er während rund fünf Jahren angehörte.



Michèle Strähl, Joel Beck, Matthias Kradolfer

Nein zur Kostenbremse-Initiative

Kampagnenbild des Komitees «2× NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienerhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen
bezahlbar sein, keine
Frage. Es ist aber auch
unsere Pflicht, dafür
zu sorgen, dass unser
gutes und geschätztes
Gesundheitssystem
erhalten bleibt – und
zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-

Nein zur Prämien-Initiative



Symbolbild: Adobe Stock

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Kampagnen





Gemeindewahlen im Tessin

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



«Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden.»

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von

zustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Irotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den



Wahlplakat des PLR Tessin, 2023.

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

FDP Frauen



FDP Frauen



Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



Muriel Frei, Vorstandsmitglied, Kommunikationsverantwortliche Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

FDP Urban

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



Liberale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Finen Stock höher hauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften» gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020, Bild: FDP Urban



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Einen Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Einen Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.





Beat Habegger & Raphaël Karlen Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP: www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Einen Stock höher» unterschreiben: www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch

KMU-Sicht

Symbolbild: Adobe Stock



Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter. Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben praxisfremde und administrativ aufwendige Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant im Generalsekretariat

Schwerpunkt Mittelstand

Bild: FDP Solothurn



Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Einreichung der Volksinitiative vor dem Solothurner Rathaus. Bild: FDP Solothurn

Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuwursteln» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verfing dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

NZZ-Interview

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land.»

«Ich bin nicht bereit, unsere Seele für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen. Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzten wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt.

Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



Prämien-Initiative



Kostenbremse-Initiative



Impfpflicht-Initiative



Stromgesetz (Mantelerlass)